

AP 2022+: Labelorganisationen, Konsumenten und Naturschützer preschen mit ihren Ideen vor

Agrarallianz will Milch ohne Kraftfutter

Die Agrarallianz mit IP-Suisse und Bio Suisse fordert mehr Nachhaltigkeit in der Agrarpolitik ab den Jahren 2022. Eine Forderung ist, dass in der Schweiz Milch produziert wird ohne Futterflächen im Ausland.

DANIEL SALZMANN

In einem Papier mit dem Titel «Agro Forte 2022+» lanciert die Agrarallianz eine Debatte zur Agrarpolitik ab 2022+. Eines der Themen im neuseitigen Papier ist die Milchwirtschaft. Die Agrarallianz ist überzeugt, dass sich die Milch- und Käsebranche profilieren kann, wenn sie schweizweit weitgehend auf Kraftfutter verzichtet. Milchproduktion ohne Futterflächen im Ausland: das soll das Ziel werden.

Für alle max. 10% KF

Die Fütterung der Wiederkäuer mit möglichst wenig Kraftfutter (KF) sei ein Alleinstellungsmerkmal, das vorangetrieben werden müsse, so die Agrarallianz. Das läuft unter dem Stichwort «Ressourceneffizienz»: Die Kuh soll nicht Ackerfrüchte fressen, die der Mensch essen könnte. Auf Englisch heisst dieses Prinzip «feed no food». Gelten soll dies für die gesamte Schweizer Milchproduktion. 10% Kraftfutter (wie heute im Programm für GMF und bei Bio Suisse bereits verlangt sind) sind für die Agrarallianz das absolute Maximum. Die Agrarallianz schreibt, dass einige 100 000 Tonnen Kraftfutter in der Milchproduktion, davon mehr als die Hälfte aus dem Ausland, einige 100 000 Tonnen preisdrückende Schweizer Milch ergäben und die Ökobilanz belasteten (Energie, CO₂, Wasser, Tiergesundheit). Die Agrarallianz fasst zusammen: Weniger ausländisches Kraftfutter entlastet Milchmarkt und Umwelt, spart Kosten und stärkt die Positionierung der Schweizer Milch.

Alle Kühe auf die Weide

Auch sei die Schweizer Milchviehhaltung flächendeckend mit Weide zu verbinden. Das läuft unter dem Stichwort «Tierwohl», das laut der Agrarallianz als Ver-



Rindvieh soll Gras fressen, nicht Kraftfutter, so die Agrarallianz. Die zwei Rinder bei Tschlin GR taten dies am Samstag. (Bild: sal)

kaufs- und Positionierungsargument noch wichtiger werden wird. Erreicht werden soll dieses Ziel, indem es im Tierwohlprogramm «Raus» einen höheren Beitrag gibt, wenn die Tiere auf die Weide und nicht nur in den Laufhof dürfen. Der Bund hat diese breit abgestützte Forderung allerdings per 1. Januar 2018 nicht aufgenommen, sie nicht ins Verordnungspaket 2018 integriert. Auch die Tierzucht ist aus Sicht der Agrarallianz gefordert. Sie soll auf die kraftfutterfreie Milchproduktion ausgerichtet werden, auf optimale Verwertung von graslandbasiertem Futter und auf gesunde, langlebige Tiere.

Weniger bauen

Pikant ist eine Forderung zur Raumplanung: Die Trennung von Bau- und Nichtbaugelände soll gestärkt werden, die Anzahl Bauten ausserhalb der Bauzone (auch jene der Landwirtschaft) soll abnehmen. Das läuft darauf hinaus, dass es kaum mehr neue Stallgebäude geben soll.

MEHR GELD IN BERGE

Seit 2014 fliessen mehr Direktzahlungen ins Bergegebiet und in die Hangbeiträge. Der Agrarallianz reicht dies noch nicht. Denn die Einkommen der Berg- und Kleinbauern seien die tiefsten. Deshalb fordert sie eine «gerechtere Abgeltung des erhöhten Arbeitsaufwandes von topografisch schwierigen Flächen wie Steillagen, stark coupierete Gelände, kleinstrukturierte Gebiete». Die Degressivität der Direktzahlungen nach Betriebsgrösse sei zu stärken, so soll der Basisbeitrag für Versorgungssicherheit wie früher ab der 40. Hektare und nicht erst ab der 60. Hektare abgestuft werden. Auch solle der Bund einen Grundbeitrag pro Betrieb oder für die ersten 25 bis 30 Hektaren ins Auge fassen. Die Politik müsse mehr tun, um die Vielfalt der Betriebe zu erhalten. sal

ÖLN VERSCHÄRFEN

Die Agrarallianz will den Ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) überdenken. Diesen muss erfüllen, wer Direktzahlungen beziehen will. Der ÖLN müsse einen stärkeren Beitrag zur Erreichung «Umweltziele Landwirtschaft» leisten. Das heisst: Alle Bauern sollen mehr für die Umwelt tun müssen, wenn sie staatliche Gelder wollen. Die Agrarallianz will auch die Ressourceneffizienz verbessern (fossile Energie wie Diesel, Stickstoff, Phosphor, Pestizide) und dem Boden mehr Sorge tragen: Umfang, Gesundheit und Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Bodens sollen langfristig erhalten werden. Die Systeme Bio und IP sollen gestärkt werden. Auf chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln und Kunstdüngern soll «endlich» eine Lenkungsabgabe kommen. sal

QUEREINSTEIGER

Die Agrarallianz will die Ausbildung und Weiterbildung zum Landwirt für Quereinsteiger attraktiver machen. Die ausserfamiliäre Hofübergabe sei zu fördern. Eine Idee dazu ist, dass der Bund einen Fonds dafür aufmet und einen Leistungsauftrag an Organisationen vergibt. Die Kantone könnten helfen, für die abtretende Generation frühzeitig Lösungen für die Altersvorsorge und für alternativen Wohnraum zu beschaffen. sal

DIE AGRARALLIANZ

Zur Agrarallianz zählen 18 Organisationen: Bio Suisse, IP-Suisse, Stiftung für Konsumentenschutz, Schweizer Tierschutz, Pro Natura, WWF, Birdlife, Stiftung für Landschaftsschutz, Pro Specie Rara, Slow Food, Bio Vision, Vier Pfoten, Kleinbauern-Vereinigung, Demeter Schweiz, Vision Landwirtschaft, Forschungsinstitut für den biologischen Landbau, KAG-Freiland und Bergheimat. sal

NACHRICHTEN

Salzmann wirft den Hut in den Ring



Nationalrat Werner Salzmann (SVP, BE) kandidiert für das Präsidium der SVP-Fraktion im Bundeshaus. Der Bauernsohn, Ingenieur-Agronom FH und Präsident des Schweizerischen Verbands für Landtechnik (SVLT) aus Mülchi BE sagt zum «Blick»: «Das ist eine interessante und spannende Führungsaufgabe, die mich sehr reizt.» Bereits vorher hatte Nationalrat Thomas Aeschi (SVP, ZG) seine Kandidatur angemeldet. Die SVP-Fraktion wählt am 17. November. sal

Toni Brunner tritt 2019 nochmals an



Landwirt Toni Brunner aus Ebnat-Kappel SG sitzt seit 1995 für die SVP im Nationalrat. Im «Blick» kündigt er an, dass er zu den Wahlen 2019 noch einmal antreten werde. «Die SVP des Kantons St. Gallen kennt keine Amtszeitbeschränkung. Niemand hat mich je zu einem Rücktritt gedrängt.» Womöglich tritt er wie 2007 und 2011 auch für den Ständerat an. 2016 trat er als Parteipräsident zurück und war fortan öfter in seinem Bergrestaurant «Haus der Freiheit» anzutreffen. sal

Emmi-Direktlieferer spannen zusammen

Die Emmi-Direktlieferanten Bemmo, Mimo und Zenoos wollen sich zusammenschliessen. Das teilten sie am Dienstag mit. Die neue Organisation werde mit einer Milchmenge von rund 350 Mio. kg Milch der grösste Lieferant von Emmi. Beteiligt sind 1850 Milchproduzenten. Die Milchkaufbedingungen wurden bereits bisher gemeinsam verhandelt. In den anstehenden Inforensterungen werden alle Produzenten im Detail informiert. Die Entscheide könnten im Frühling fallen. Die Schweizer Milchproduzenten (SMP) empfehlen Zustimmung. sal

BAUERNHOFSPIELGRUPPE: Am Samstag findet die 4. Hauptversammlung der IG statt

«Auf dem Bauernhof gibt es genug zu erleben»

Kinder können in Bauernhofspielgruppen Besonderes erleben. Für Anbieter kann es ein lohnender Betriebszweig sein.

JULIA SPAHR

«Besonders Kinder aus der Agglomeration haben oft nicht die Möglichkeit, das Landleben so kennenzulernen, wie man das auf einem Bauernhof kann.» Bauernhofspielgruppen seien deshalb ein gefragtes Angebot, sagt Karin Wyss. Sie ist Präsidentin der IG Bauernhofspielgruppe. Im Vorfeld der 4. Hauptversammlung erzählt sie, welche Vorteile Bauernhofspielgruppen für Bauernfamilien bringen können und warum die IG gegründet wurde.

Viel zu erleben

«Eine Spielgruppe auf dem Bauernhof ist etwas Anderes als eine herkömmliche Spielgruppe», sagt Wyss. Man brauche



Präsidentin der IG Bauernhofspielgruppe Karin Wyss. (Bild: es)

den Kindern keine besondere Beschäftigung oder Spielzeuge zu geben. Auf dem Bauernhof gebe es schon genug zu erleben. Allerdings müssten sich die Leiterinnen der besonderen Generation bewusst sein, und die IG empfiehlt, immer zu zweit zu sein.

Guter Betriebszweig

Die Anbieterinnen sind aber auf dem Hof in ihrem gewohn-

ten Umfeld, sie können die Gefahren meist einschätzen. Zudem ist es für viele Familien ein guter Betriebszweig.

«Damit es sich lohnt, muss man sich aber getrauen, genug Geld für einen Spielgruppenplatz zu verlangen», betont Wyss. «Als Leiterin sollte man auf einen Stundenlohn von mindestens 25 Franken kommen. Je nachdem, wie viele Kinder man in der Spielgruppe hat,

bedeutet das, dass man pro Kind und Stunde 10 bis 15 Franken verlangen sollte.»

Grosse Nachfrage

Ist einmal eine Bauernhofspielgruppe gegründet, sei es meist kein Problem, die Plätze zu besetzen. Mitglieder der IG könnten ihre Spielgruppe auf der Homepage der IG verlinken. Aber oft reiche ein Gratisinserat im Dorfzettel oder ein kleines Inserat in der Zeitung. Dann seien die Plätze schon fast besetzt.

AUSBILDUNG

Die IG empfiehlt, einen Grundkurs zur Spielgruppenleiterin. Diesem lässt sich eine Diplombildung anhängen und danach eine Spezialisierung in Richtung Bauernhofspielgruppe. jul

Infos unter: www.sslv.ch

Vor vier Jahren wurde die IG Bauernhofspielgruppe nach einem Infoanlass gegründet. «Es kamen Leute aus der ganzen Schweiz mit dem Bedürfnis, sich zu vernetzen», erzählt Wyss. Heute zählt der Verein 30 Spielgruppen.

Wer interessiert ist, selber ein Angebot zu eröffnen, kann sich von der IG beraten lassen. «Neue Mitglieder sind herzlich willkommen», sagt die Präsidentin.

www.ig-bauernhofspielgruppe.ch

HAUPTVERSAMMLUNG

Die 4. Hauptversammlung der IG Bauernhofspielgruppe findet am Sa, 4. November 2017, ab 9.30 statt. Adresse: Untere Oshwand 45, 3414 Oberburg. Nebst den Mitgliedern sind andere Interessierte willkommen. Anmelden unter: info@tierhof-muehleweg.ch jul

Jamaika-Koalition muss sich einigen

Nach den Bundestagswahlen in Deutschland laufen die Gespräche für die Bildung einer sogenannten Jamaika-Koalition zwischen CDU, CSU, Grünen und FDP. Heute Mittwoch diskutieren laut der «Agrarzeitung» (AZ) die vier Parteivorsitzenden über grundsätzliche Themen der Agrarpolitik. Für Donnerstag sind Gespräche in «grosser Runde» (total 52 Personen) angesetzt. Laut der AZ hat die Landwirtschaft erreicht, dass die Möglichkeit einer Verschmelzung der Ministerien für Umwelt und Landwirtschaft bereits im Vorfeld ausgeschlossen wird. Die Bauernverbände und die CDU/CSU hatten dabei einen Einfluss der Umweltafekte und Einführung neuer Vorschriften befürchtet. CDU/CSU bekräftigt laut der AZ ihren Anspruch auf das Agrarressort. Es werde erwartet, dass die Grünen ein grösseres Interesse am Umweltministerium hätten. Es sei also gut möglich, dass der amtierende Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) im Amt bleibe. sal